

CCS-Gesetz: Versprechen nicht eingehalten und Probleme ungelöst

Von Ingrid Nestle

Letztes Jahr haben nicht zuletzt wir Bürgerinnen und Bürger aus Schleswig-Holstein ein CCS-Gesetz auf Bundesebene verhindert.

Jetzt hat die Regierung einen neuen Entwurf vorgelegt. Es gibt einige kleine Verbesserungen, doch die Grundstruktur ist die gleiche geblieben. Schwerwiegende Kritikpunkte bleiben bestehen und ein großes Versprechen wurde nicht eingelöst: Die von Umweltminister Röttgen versprochene Klausel für die Länder, sich dem Gesetz nicht anschließen zu müssen (Opt-Out-Klausel), existiert nicht. Das ist für Schleswig-Holstein besonders heikel.

Das Bundesumweltministerium argumentiert, angeblich könne CCS durch eine Änderung der Raumordnung vermieden werden. Jedoch ist eine „Verhinderungsplanung“ in der Raumordnung rechtlich nicht zulässig. Unsere Rechtsauffassung wird auch vom Wirtschaftsministerium Schleswig-Holstein geteilt. Jetzt muss auch Peter Harry Carstensen Farbe bekennen. Er hatte versprochen, keine CO₂-Depotierung in Schleswig-Holstein zuzulassen.

Veranstaltungen im Flensburger Wahlkreisbüro

Montag, 18.10.2010 • 19:00 Uhr
Energiepolitik – Berlin Aktuell

Donnerstag, 4.11.2010 • 19:00 Uhr
Neue Jobs durch neue Energien

Montag, 15.11.2010 • 19:00 Uhr
Euer Thema! Vorschläge an:
ingrid.nestle@wk.bundestag.de



Ein großer Erfolg - deshalb muss der Protest weitergehen

Doch unsere Kritik geht weiter. Im Gesetzesentwurf der Bundesregierung wurde eine Obergrenze für die CO₂-Verpressung gesetzt – aber sie ist mit 8 Mio. Tonnen CO₂ pro Jahr viel zu hoch und somit quasi wirkungslos.


Die einlagernden Konzerne werden nur 30 Jahre für etwaige Leckagen haftbar gemacht – aber die Speicher müssten zehntausend Jahre dicht halten.

Auch die von den Betreibern zu bildenden Rücklagen sind mit 1-2 Mio. Euro pro Jahr viel zu niedrig - sie decken keinesfalls die Risikokosten. Allein die Bürokratiekosten für die öffentliche Hand liegen bei 7,5 Mio. Euro pro Jahr. ●

Wahlkreisbüro Flensburg
Ellen Kittel-Wegner
Angelburger Str. 66, 24937 Flensburg
Telefon 0461 - 50 53 80 13
Telefax 0461 - 50 53 80 14
ingrid.nestle@wk.bundestag.de

Regionalbüro Kiel
Claudia Prehn
Wilhelminenstr. 18, 24103 Kiel
Telefon 0431 - 5 57 82 62
Telefax 0431 - 5 57 82 24
ingrid.nestle@wk2.bundestag.de

Bundestagsbüro
Dagmar Kersten, Markus Meyer,
Sarah Elze, Elena Scheiber
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon 030 - 227 7 15 00
Telefax 030 - 227 7 60 63
ingrid.nestle@bundestag.de

 www.ingrid-nestle.de

Entscheidende Demo gegen Atom am 18.9. in Berlin

Wir alle wollen, dass das Thema endlich vom Tisch kommt und die AKWs vom Netz gehen! Dafür ist der 18.9. besonders wichtig: 10 Tage, bevor in Berlin das Kabinett über das Energiekonzept und die Laufzeitverlängerung entscheidet, soll Frau Merkel Ohrensausen von unserem Protest bekommen! Infos über Busse unter www.ingrid-nestle.de oder www.gruene.de/themen/atomkraftschluss-jetzt.html

Mehr Schutz für Beschäftigte durchsetzen – Arbeite mit am grünen Gesetzentwurf!

Von Konstantin von Notz

2008 war das Jahr der Datenskandale: LIDL filmte heimlich das Kassenspersonal und setzte Detekteien auf einzelne MitarbeiterInnen an. Die Deutsche Bahn flog damit auf, gleich die Kontodaten der gesamten Belegschaft heimlich mit Kontodaten von Lieferanten abgeglichen zu haben, einzelne E-Mails des Betriebsrates erreichten nie ihre Adressaten. Ähnlich Praktiken kamen bei der Deutschen Bank und bei der Telekom ans Licht. Die von der Großen Koalition im Jahr 2009 geschaffene Mini-Regelung zum Arbeitnehmerdatenschutz gilt als Fehlschlag, weil sie lediglich neue Fragen aufgeworfen hat, ohne die bestehenden auch nur ansatzweise zu lösen. Nun hat das Innenministerium einen neuen Gesetzesentwurf zum Beschäftigten-datenschutz vorgelegt, über den die Koalition aber offenbar - einmal mehr- heillos zerstritten ist.

Zwar ist die Bereitschaft des Bundesinnenministeriums, sich dem Themenfeld überhaupt zuzuwenden, grundsätzlich zu begrüßen. Insgesamt sehen wir in dem

vorgelegten Gesetzentwurf jedoch keinen höheren Schutz für die Beschäftigten vor einer ausufernden Überwachung und weitreichenden Kontrolle am Arbeitsplatz. Aus diesem Grund haben Beate Müller-Gemmeke, Sprecherin für Arbeitnehmerrechte der BT-Fraktion, und ich beschlossen, gemeinsam einen eigenen - sehr ausführlichen - Gesetzentwurf vorzulegen, der Lösungen für die aus unserer Sicht drängendsten Probleme des Beschäftigten-datenschutzes bereithält.

Neuland haben wir damit betreten, den Entwurf auch online zur Diskussion zu stellen. In einem eigens eingerichteten Blog können Interessierte sich an der Ausarbeitung der Initiative beteiligen. Die bisherige Resonanz ist überwältigend positiv. Wenn auch Ihr Euch bei der Ausgestaltung des zukünftigen Arbeitnehmerdatenschutzes beteiligen oder einfach mal reinschauen wollt, könnt Ihr dies tun unter:

www.beschaeftigten-datenschutz.de ●



Auch dieses Jahr sind wir wieder dabei, wenn ein breites Bündnis am **11. Sept. 2010** in Berlin für „Freiheit statt Angst“, gegen ausufernde staatliche Überwachung, für starke Bürgerrechte und mehr Datenschutz auf die Straße geht.

Am Vorabend der Demo veranstalte ich eine netzpolitische Soirée zum Thema **„Freiheit und Überwachung in der digitalen Welt“**, zu der wir neben Renate Künast und dem schleswig-holsteinischem Landesdatenschutzbeauftragten Thilo Weichert auch Jeff Jarvis, einen der Internetgurus aus den USA, gewinnen konnten.

Einen Erfahrungsbericht von der Demo und unserer Veranstaltung findet Ihr in unserem neu eingerichteten Blog www.gruen-digital.de.

Wahlkreisbüro

Katharina Bartsch
Marc Ziegelitz
Hans Schneider
Marktstraße 8, 23879 Mölln
Telefon 04542 - 83 07 00
Telefax 04542 - 9 85 48 86
konstantin.notz@wk.bundestag.de

Bundestagsbüro

Bettina Künzel (Sachbearbeitung)
Jörn Pohl (SH, Netzpolitik)
Nils Leopold (Innenpolitik)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon 030 - 227 7 21 22
Telefax 030 - 227 7 68 22
konstantin.notz@bundestag.de

 www.von-notz.de

Was passiert da vor unserer Haustür?

Die Katastrophe im Golf von Mexiko hat den Fokus auf die Nordsee gelenkt

Von Valerie Wilms

Das Öl sprudelte und sprudelte und alle konnten es live im Internet verfolgen: Das Desaster im Golf von Mexiko hat gezeigt, welche Risiken heute eingegangen werden, um die letzten Tropfen aus der Erde zu pressen.

Bislang war das einer breiten Öffentlichkeit kaum bekannt. Vieles am Meeresgrund blieb im Verborgenen, denn nur Wenige verfügen über die Technik, um in große Tiefen vorzudringen.

Der Fokus wurde so auch auf die Nordsee gelenkt, denn auch hier wissen wir vielfach nicht, was dort draußen unter dem Meeresspiegel geschieht. In deutscher Zuständigkeit wird nur eine Ölplattform betrieben. Die Mittelplate steht direkt im UNESCO-Welterbe Wattenmeer, gilt aber nach bisherigem Stand als sicher. Skepsis ist trotzdem angebracht: Noch während der Katastrophe am Golf wurde insgeheim die Förderlizenz um dreißig Jahre verlängert – obwohl das Öl nur noch elf Jahre reicht. Beabsichtigt man hier nach weiteren Quellen zu bohren?

Auch sonst sind viele Fragen rund um die Rohstoffförderung im Meer offen und meine Nachfrage an die Bundesregierung hat die Defizite deutlich gemacht: Die Haftung von Konzernen bei Katastrophenfällen ist unzureichend. Schon für Atomunfälle ist die Deckungsvorsorge – also eine Art Fonds, aus dem Kompensationen geleistet werden können – viel zu gering. Für Ölunfälle ist sie gar nicht vorgeschrieben. Dazu macht die Antwort klar: Bisher gibt es nur Regelungen für Ölunfälle auf Schiffen – für Ölplattformen jedoch nicht. Im Falle einer Katastrophe kann es damit passieren, dass entweder niemand oder letztendlich der Steuerzahler zahlt. Mit den jetzigen Regelungen besteht ein Anreiz, die Plattformen von Subunternehmen betreiben zu lassen. Diese könnten die Gewinne abführen und im Schadensfall



Auch im Watt wird nach Öl gebohrt

schnell pleite gehen – die Geschädigten würden dann am Ende allein dastehen. Bundesregierung und EU müssen hier also schnell aktiv werden.

Neben diesen gesetzlichen Defiziten gilt die Hauptkritik aber den Betreibern von Plattformen – und hier vor allem BP. Unserer Einladung in den Umweltausschuss wollte man nicht folgen, da man erst die Untersuchungen abwarten müsse, bevor Aussagen und Schlussfolgerungen über die Sicherheit der Technik getroffen werden könnten. Gleichzeitig hat BP aber kein Problem, im Mittelmeer in noch größerer Tiefe nach Öl zu bohren und kündigt sogar an, langfristig an der Ausbeutung der Ölfelder im Golf von Mexiko festhalten zu wollen. BP fördert auch in der Nordsee und keiner weiß, ob der Konzern irgendwelche Konsequenzen

aus der Katastrophe gezogen hat. Es wird Zeit ihn dazu zu zwingen und ernsthaft darüber nachzudenken, ob wir die Produkte von BP wirklich noch kaufen müssen.

Mehr Informationen unter: www.valerie-wilms.de/maritime-politik/meeresschutz ●

Wahlkreisbüro

Heinrich F. Kut
Damm 48, 25421 Pinneberg
Telefon 04101 - 55 39 85
Telefax 04101 - 55 39 86
valerie.wilms@wk.bundestag.de

Bundestagsbüro

Matthias Schröder
Lucia Dietmeier
Margret Wurm
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon 030 - 227 7 16 82
Telefax 030 - 227 7 62 89
valerie.wilms@bundestag.de

 www.valerie-wilms.de